

Nein zur Privatisierung der EKZ:

GAU für die Privatisierer

Sie hatten allenfalls mit Opposition in Appenzell gerechnet. Bei der Abstimmung über die Privatisierung der kantonalen Elektrizitätswerke (EKZ) mussten die AXPO-Strategen am vergangenen Wochenende ausgerechnet im Wirtschaftskanton Zürich eine herbe Niederlage einstecken, die weit über Zürich hinaus von Bedeutung ist. Ein kleines politisches Erdbeben hat sich ereignet, und jetzt rufen die Regierenden ratlos nach Meinungsforschern, um zu verstehen, warum ihnen das Fussvolk diesmal die Gefolgschaft verweigert hat. Weder die grosskotzige AXPO-Imagewerbung noch die millionenschwere Kampagne der Befürworter konnten den Privatisierungs-GAU abwenden. Anlass zur Genugtuung für das gegnerische Komitee aus Alternativen, Grünen, SP und Gewerkschaften, das mit ganzen 140'000 Franken in den Abstimmungskampf stieg (und auch die wä- ren ohne den entscheidenden finanziellen Support durch den VPOD nicht zusammengekommen).

Gewonnen haben wir die Abstimmung in den Zentren Zürich und Winterthur und in den peripheren, stark SVP-lastigen Bezirken. Zugleich hat sich bestätigt, dass das Stadtzürcher Nein zur EWZ-Privatisierung vor einem Jahr kein zufälliger Ausrutscher war; mit über 60% ist der Nein-Stimmanteil in der Stadt Zürich um über 8% gestiegen. Interessant ist, dass der Zuwachs in mittelständisch-bürgerlichen Quartieren am höchsten ausgefallen ist, wo die von der SP neuerdings so hofierten Neue-Mitte-WählerInnen leben. Das zeigt, dass die Skepsis gegenüber Privatisierungen und Liberalisierungen keineswegs nur von ein paar „Strukturkonservativen“ geteilt wird.

Das Nein vom 10. Juni hat in verschiedener Hinsicht Signalwirkung über Zürich hinaus. Ein paar erste Schlussfolgerungen:

1. Die Zürcherinnen und Zürcher haben am 10. Juni Nein gesagt zum Ausverkauf der Infrastruktur an einen der sechs oder acht Megaplayer auf dem EU-Strommarkt, die uns als private Quasi-Monopolisten künftig die Rahmenbedingungen der Stromversorgung diktieren würden. Nein zugleich zum Rückzug der öffentlichen Hand aus der Energiepolitik (Versorgungsauftrag, ökologische Auflagen etc.).
2. Der Traum einiger Alt-Regierungsräte, die gute alte Tante NOK als trendig-private AXPO aufzumotzen, in drei bis vier Jahren an die Börse zu bringen und mit einem EU-Strommulti zu verbandeln, ist vorläufig ausgeträumt. Der NOK-Vertrag bleibt bis auf weiteres gültig, Fusionen und ein Ausverkauf der Netze und Produktionsanlagen sind vorerst unmöglich. Umgekehrt können jetzt auch alternative Strategien geprüft werden (Kooperationen von Stadt- und Kantonswerken etc.). Klar ist - und da herrscht für beide Seiten Konsens -, dass bis zur EMG-Abstimmung im Dezember eine Denkpause angesagt ist.
3. Die Skepsis gegenüber dem gebetsmühlenartig zelebrierten neoliberalen Privatisierungs-WAHN ist im Wachsen, und zwar gleichermassen bei aufgeklärten städtischen Mittelschichten wie bei der Landbevölkerung. Die Menschen sind immer weniger bereit, Verlässlichkeit und Versorgungssicherheit für ideologisch motivierte Marktkonzepte aufs Spiel zu setzen. Kalifornien und der Plan Gygi lassen grüssen.
4. Peter Bodenmann hat in der letzten WoZ zurecht geschrieben, dass das politische Klima für die Linke so gut ist wie schon lange nicht mehr. Statt krampfhaft auf die neue Mitte zu schießen, muss die Linke die Chancen, die sich ihr bieten, auch packen. Das haben wir am 10. Juni auch

getan, nicht bittstellerhaft, sondern mit einer klaren Position gegen Privatisierungen, gegen Abzockerei, gegen die Gefährdung des service public. Und: Alternative, SP, Grüne und Gewerkschaften haben solidarisch an einem Strick gezogen.

5. Das Zürcher Ergebnis gibt Schub für den landesweiten Kampf gegen den Abbau der Poststellen. Die Vorlage für die Abtretung der Bundesmehrheit an der Swisscom dürfte vorerst in der Schublade bleiben. Selbst neoliberale Gesundheitsbeter wie FDP-Präsident Bührer und Swisscom-Chef Jens Alder wollen sich zurzeit damit nicht die Finger verbrennen. Auch der Zürcher Stadtrat hat die geplante Zweitaufgabe der EWZ-Privatisierung fürs erste vertagt.
6. Last but not least ist das Nein aus Zürich ein wichtiges Signal für die Abstimmung vom Dezember über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Zwar behaupten linksliberale und ökologische Befürworter des EMG immer wieder, Öffnung des Marktes auf nationaler Ebene und Privatisierung der lokalen und kantonalen Stromversorger seien zwei Paar Stiefel. Rein theoretisch mag das stimmen. Tatsache aber ist, dass alle derzeit vorangetriebenen Privatisierungs-Projekte explizit mit der kommenden Marktöffnung begründet werden. Der Regierungsrat des Kantons Zürich bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt *„In einem liberalisierten Strommarkt ist die Elektrizitätswirtschaft, insbesondere die Elektrizitätsversorgung, keine öffentliche Aufgabe mehr.“* Mein Fazit: wer die Privatisierungswelle stoppen will, muss auch die Strommarkt-Liberalisierung bekämpfen. Auf das NEIN zur EKZ-Privatisierung muss im Dezember ein NEIN zum EMG kommen.
7. Es ist zu hoffen, dass die SP Schweiz das Zürcher Signal im Hinblick auf die EMG-Abstimmung aufnimmt und es wagt, der ideologisierten Markteuphorie klar entgegenzutreten statt sich mit reformistischer Schadensbegrenzung zu begnügen. Leiser Optimismus scheint erlaubt. Einzelne Exponentinnen und Exponenten der SP haben ihre Positionen im Verlauf des erfolgreichen Abwehrkampfes in Zürich deutlich radikalisiert. Es liegt auch an ihnen, innerhalb der Partei dazu beizutragen, die Weichen für den Dezember richtig zu stellen!

Niklaus Scherr (WoZ vom 14. Juni 2001)